

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Konjunktur in den USA

Wenn dieser Bericht erscheint, werden die Vereinigten Staaten vier Jahre Hochkonjunktur vollendet haben, die längste ununterbrochene Konjunkturperiode in diesem Jahrhundert. In dieser Zeit stieg das Gesamtnationalprodukt (GNP) von etwa 500 Milliarden auf eine Jahresrate von 650 Milliarden \$, und selbst in konstanten Dollar um fast 25 vH, die industrielle Produktion ebenfalls um über 25 vH.

Mancherlei ist an dieser Konjunkturperiode bemerkenswert. Zunächst, wie gesagt, ihre Dauer. Diese verdankt sie zweifellos einer bewußten staatlichen Konjunkturpolitik, die in wesentlichen Punkten über das bisher übliche Maß und Ziel hinausging. Als sich Anfang 1963 die ersten Zeichen einer Konjunkturermüdung bemerkbar machten (wie sie nach den Konjunkturabläufen der letzten Jahrzehnte zu erwarten waren), brachte die *Kennedy*-Regierung ein konjunkturstimulierendes Programm ein. Davon wurde zwar, neben einigen traditionellen Maßnahmen, wie Beschleunigung öffentlicher Arbeiten, Erhöhung staatlicher Pensionen, Arbeitslosenunterstützung usw., in der Hauptsache nur ein wichtiger Vorschlag prompt durchgeführt: die Stimulierung von Kapitalinvestitionen durch Abschreibungsvergünstigungen verschiedener Art.

Der zweite Hauptpunkt des Programms, die *Ankurbelung des Konsums* durch eine etwa 20prozentige Steuersenkung, blieb lange im Kongreß hängen, der sich nicht über die mit der Steuersenkung zu verbindende Steuerreform einigen konnte. Es stellte sich aber heraus, daß die bloße Aussicht auf einer Steuersenkung eine psychologische Wirkung auf die Wirtschaft ausübte, welche ausreichte, um die Besorgnis über einen möglichen Konjunkturrückgang zu überwinden. Allein schon das Bewußtsein, daß die Regierung einer solchen Rezession nicht tatenlos zusehen würde, gleichgültig auf welchen wesentlichen Gebieten: Produktion, Arbeitslosigkeit, Preise, Kreditmarkt, Zahlungsbilanz — dieses Bewußtsein genügte offenbar, um ein günstigeres konjunkturpolitisches Klima zu schaffen. Das psychologische Element hat in der Nationalökonomie noch nicht die Beachtung erhalten, die es verdient¹⁾. Dabei sind die wirtschaftlichen Ent-

Scheidungen, sei es der Unternehmer über Kapitalinvestitionen, sei es der Konsument über seine größeren Einkaufspläne, nicht nur von ihrer augenblicklichen Wirtschaftslage beeinflusst, sondern in hohem Maße von ihrer Einschätzung der Zukunft. In Erwartung einer stabilen Konjunktur wird die Direktion eines Unternehmens zu weiteren Kapitalanlagen und zum Aufbau der Lagerbestände bereit sein, während sie in einer Periode der Unsicherheit umgekehrt ihre Pläne einschränkt; ebenso wird der Konsument in Erwartung stabiler Beschäftigung und womöglich steigender Löhne an die Anschaffung größerer Objekte auf Abzahlung oder auf eine Ferienreise ohne die Bedenken gehen, die er hätte, wenn bei unserer Konjunktur sein Arbeitsplatz oder auch nur seine Arbeitszeit gefährdet wäre.

Wie immer man in unserem konkreten Fall das relative Gewicht des psychologischen Elements und der tatsächlich durchgeführten Maßnahmen einschätzen mag, das Ergebnis war, daß der „fällige“ und im Börsensturz vom Mai bis Juni 1962 vorweggenommene Konjunkturrückschlag ausblieb. Als dann nach Kennedys Tod die Steuersenkung Anfang 1964 Gesetz wurde (freilich ohne die Steuerreform), bestätigten sich die Erwartungen von Kennedys Beratern im vollen Maße, während es im konservativen Lager, für das eine Steuersenkung im Angesicht eines Budgetdefizits unerhört war, bald still wurde. Nach einer rasch vorübergehenden Erhöhung der Sparrate fanden die im Laufe des Jahres gesparten Steuererlöse sehr schnell ihren Weg in einen erhöhten Konsum. Man rechnet, daß auf diese Weise 1964 fast 10 Milliarden \$ zusätzlich dem Konsum zugeführt wurden, der 1964 insgesamt um etwa 27 Milliarden \$ oder 6 vH anstieg. Von diesem zusätzlichen Konsum entfiel wiederum ein erheblicher Teil auf die Anschaffung von Waren, vor allem von Dauerkonsumgütern. So ist es nicht verwunderlich, daß z. B. die Automobilindustrie mit über 8 Millionen Wagen ein neues Rekordjahr erlebte. Lediglich der Wohnungsbau blieb von dieser Ankurbelung unberührt; er blieb ziemlich unverändert auf 25,5 Md. \$ oder bei 1,5 Millionen Wohneinheiten, u. a. wohl deshalb, weil die niedrigen Kriegsjahrgänge das Heiratsalter erreicht haben und damit die Haushaltgründungen vorübergehend eingeschränkt sind.

Dagegen stiegen, nicht zuletzt dank der Abschreibungsvergünstigungen, die *Kapitalinvestitionen* in Fabrikanlagen und Maschinen 1964 um volle 10 vH (von etwa 54 auf 59 Md. \$). Dank dieser Investitionen stieg die industrielle Kapazität im Jahre 1964 um 5,5 vH gegen durchschnittlich 4vH in früheren Jahren. Dazu kam noch, daß die Ausnützung dieser Kapazität auf 88 vH stieg (gegen 80 vH im Jahre 1961), was vor allem auf eine erhöhte Kapazitätsausnutzung in den sogenannten „Dur-

1) In diesem Zusammenhang kann nicht eingegangen werden auf seine Bedeutung etwa auf dem Gebiet des Geldwesens (Inflation, Kredit) oder der wirtschaftlichen Entwicklung der „Entwicklungsländer“ (Arbeitsmoral, Impetus durch „steigende Erwartungen“).

able Goods Industrien" zurückzuführen war (u. a. Stahl, Autos). Die erhöhten Investitionen konnten übrigens zum weitaus größten Teil wie bisher aus Eigenmitteln finanziert werden, teilweise dank der erhöhten Abschreibungen und der zweiprozentigen Körperschaftssteuer senkung, teilweise dank der erheblichen Zunahme der Gewinne (um 12,5 Md. \$ oder 65 vH zwischen 1961 und 1964).

Das Bild der Konjunkturkurve dieser vier Jahre wiederholt sich auf fast allen Gebieten: einem deutlichen Aufschwung in den ersten beiden Jahren (das GNP stieg je etwa sieben vH, die Industrieproduktion auch je sieben vH) folgte eine leichte Abschwächung des Tempos im Jahre 1963 (GNP und Industrieproduktion stiegen nur je etwa fünf vH). Sie wurde dank der Steuersenkung 1964 wieder wettgemacht (GNP stieg sieben vH, Industrieproduktion acht vH). Diese relative Stetigkeit der konjunkturellen Entwicklung ist wie die Dauer ein neues Phänomen, zumindest in diesem Maß. Sie kontrastiert vor allem mit dem konjunkturellen Auf und Ab der *Eisenhower*-Jahre. Damit einherging ein weiteres neues Phänomen: die *Stabilität der Preise*. Der Konsumpreisindex stieg, wie die folgende Tabelle zeigt, um kaum mehr als ein vH im Jahr:

1957-59	1961	1962	1963	1963 Dez.	1964-Dez.
Durchschnitt	100	104,2	105,4	106,7	107,7
					108,8

Dies ist um so bemerkenswerter, als die in diesem Index enthaltenen Kosten für Dienstleistungen im gleichen Zeitraum um das Doppelte angestiegen sind.

Der Großhandelsindex gar ist in sieben Jahren so gut wie unverändert geblieben:

1957-59	1961	1962	1963	1964-Nov.
Durchschnitt	100	100,3	100,6	100,3
				100,7

Diese Stabilität steht im krassen Gegensatz zur Steigerung des Preisniveaus in den Ländern Westeuropas und hat unter anderem fördernd auf den amerikanischen *Export* gewirkt. Dieser stieg 1964 um zehn vH auf die Rekordhöhe von 25,5 Md. \$ und erzeugte, trotz ebenfalls erhöhtem Import, einen Exportüberschuß von 7 Md. \$. Gleichwohl blieb die Zahlungsbilanz weiterhin ein schwacher Punkt im Wirtschaftsbild, wenn auch lange nicht mehr so akut wie in den Jahren 1959—1961. Die allmähliche Einschränkung der „Foreign Aid“ (Auslandshilfe), verbunden mit der Verlangsamung der Konjunktur in Westeuropa, dürfte die internationale Position des Dollar weiterhin stärken.

Die Entwicklung auf dem *Arbeitsmarkt* bewegte sich 1964 erstmals im Einklang mit der Entwicklung der Produktion. Während in früheren Jahren die Zahl der Beschäftigten bestenfalls Schritt hielt mit der Zahl der neu in den

Arbeitsprozeß Eintretenden, brachte 1964 zum erstenmal seit Jahren mehr neue Jobs (1,5 Millionen) als Neuzugang zum Arbeitsmarkt (1,25 Millionen). Ohne die Abnahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten wäre das Bild noch günstiger. Zum erstenmal seit langer Zeit hat 1964 auch die Zahl der Produktionsarbeiter zugenommen (um 500 000), während die Jahre 1957—1962 hier einen Rückgang um 600 000 zeigten. Ein weiteres Drittel der Neubeschäftigten verteilt sich auf das Dienstleistungsgewerbe und die öffentlichen Dienste. Was den öffentlichen Dienst betrifft, so ist bemerkenswert, daß die Zahl der von der Bundesregierung Angestellten schon seit Jahren stabil blieb, und die Zunahme sich ausschließlich auf die Angestellten der Länder und Gemeinden erstreckt, hier wiederum vorwiegend auf Schulen und Erziehung. Die in dieser Sparte Beschäftigten nahmen von 1962 bis 1964 um 500 000 zu; dieses Feld ist zweifellos heute das wichtigste, wenn nicht einzige Berufsfeld, das eine umfangreiche Ausdehnung zeigt und das in Anbetracht der hohen Geburtenziffer und der sich verlängernden Dauer der Ausbildung fast unbegrenzte Ausdehnungsmöglichkeiten bietet.

Entsprechend dieser Entwicklung fiel die *Zahl der Arbeitslosen*, die sich 1962—1963 trotz der wirtschaftlichen Belebung hartnäckig zwischen 5,5 und 6 vH der Beschäftigtenzahl gehalten hatte, Ende 1964 erstmals unter 5 vH, nachdem sie sich von Mai bis November 1964 mit geringfügigen Schwankungen um 5,1 vH bewegt hatte. Für manche Facharbeiterberufe macht sich erstmals eine gewisse Knappheit bemerkbar, und die Arbeitslosigkeit unter verheirateten Männern fiel auf etwa drei vH. Dagegen blieb die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen auf 15 vH und unter Negern mit zehn vH weiterhin doppelt so hoch wie für die Gesamtheit der Arbeitslosen.

Das Hilfsprogramm der Bundesregierung für die jugendlichen Arbeitslosen und die Armutgebiete trat erst gegen Jahresende in Kraft; Anfang Januar wurden die ersten 50 „Job-Corps“ mit je etwa 100 Jugendlichen aktiviert. Es bleibt abzuwarten, ob und wie weit sich diese Maßnahmen auf diese beiden am ärgsten betroffenen (und zum Teil identischen) Gruppen von Arbeitslosen auswirken werden. Dies um so mehr, als jetzt die starken Nachkriegsjahrgänge erstmals in den Arbeitsmarkt eintreten werden (zusätzlich eine halbe Million jährlich).

Ähnlich wie die Preise, blieben auch die *Löhne* erstaunlich stabil, wie die folgenden Zahlen (für Industriearbeiter geltend) zeigen:

	1962	1963	1964
Durchschnitts-Stundenlohn	\$ 2,39	2,45	2,58 (Dez.)
Durchschnitts-Wochenlohn	\$ 96,56	102,65 (Dez.)	106,55 (Dez.)

Die Löhne hielten kaum mit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität Schritt. Die Steuersenkung brachte eine gewisse indirekte Erhöhung des Nettolohns; die fortbestehende Arbeitslosigkeit wirkte als Bremse bei den Tarifverhandlungen. So wurde in den neuen Kollektivverträgen vielfach größeres Gewicht auf die sogenannten Randvergünstigungen (Pensionen, Ferien usw.) und auf die Sicherung des Arbeitsplatzes gelegt. Dieser letzte Punkt bildete auch den Hauptgrund für die — relativ seltenen — Streiks.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die *Militärausgaben*, nach einem starken Anlauf 1961 bis 1962, in den letzten zwei Jahren ziemlich stabil blieben, ja im Jahre 1964 sogar um 2 Md. \$ auf etwa 48 Md. \$ gesenkt wurden. Sie sind also im Verhältnis zum gestiegenen GNP gefallen, und es ging von ihnen neuerdings keine stimulierende Wirkung auf die Konjunktur aus.

Wie sind die *Aussichten* auf den Fortbestand der Konjunktur? Vor zwei Jahren waren es die akademischen Wirtschaftsberater Kennedys, die vor einer Rezession warnten, und die Wirtschaftssachverständigen der Geschäftswelt waren die Optimisten, die die vorgeschlagenen Maßnahmen für voreilig und unnötig hielten. Heute sind es die letzteren, die ab Mitte 1965 eine Rezession oder zumindest ein „Plateau“ erwarten, und der Wirtschaftsbericht der Regierung ist optimistisch. Dabei scheinen im großen ganzen die Bedingungen für einen weiteren günstigen Ausblick gegeben zu sein: Im Frühjahr 1965 tritt die zweite Etappe der Steuersenkung in Kraft; ihr soll die Aufhebung verschiedener Luxussteuern (auf Toiletartikel, Pelze, Juwelen usw.) im Gesamtbetrag von etwa 1,15 Md. \$ folgen. Die Kapitalinvestitionen dürften noch einige Zeit ihr gegenwärtiges Niveau, wenn nicht ihren Auftrieb, beibehalten. Die Lagerbestände sind keineswegs zu hoch im Verhältnis zum Absatz. Die starken Nachkriegsjahrgänge bedeuten einen soliden Nachfrageunterbau für viele Konsumartikel einschließlich Automobile (ein starker Markt für gebrauchte Autos, wie sie weitgehend von Jugendlichen benutzt werden, bedeutet immer auch einen guten Absatz für neue Wagen).

Auf der Minusseite stehen der Wohnungsbau, der sich wohl in den nächsten ein bis zwei Jahren nicht über den gegenwärtigen Stand heben, aber auch nicht wesentlich darunter sinken wird; ferner der Export, der sich angesichts einer Konjunkturstockung in Europa vielleicht nicht auf dem gegenwärtigen Hochstand halten kann; schließlich eine Einschränkung der Rüstungsausgaben um weitere zwei Md. \$, und geringere Kürzungen am Etat für Foreign Aid und Weltraumforschung — alles in allem kein erhebliches Negativum.

Dem steht aber außer den schon erwähnten Faktoren vor allem die Tatsache entgegen, daß eine Demokratische Regierung selbst einer leichten Rezession nicht tatenlos gegenüberstehen, und ein relativ liberaler Kongreß sie in einer solchen Politik unterstützen wird. *Johnson* und seine Berater mögen nicht den Weitblick und Wagemut Kennedys und seines Gehirntrasts haben; aber er steht solide in der Tradition des „New Deal“ und wird, bei aller Vorsicht, vor staatlichen Eingriffen und Ausgaben nicht zurückscheuen. Die vielerlei Pläne zur Bekämpfung der Armut, zur Lösung der Großstadtprobleme und zur Schulhilfe auf allen Stufen der Erziehung mögen unzureichend sein und nicht an die Wurzeln der Probleme gehen. Sie werden aber zumindest den einen Effekt haben, daß sie zwischen vier und acht Milliarden jährlich in die Wirtschaft pumpen werden, wenn sie erst einmal angelaufen sind. Darüber hinaus spricht man bereits von der Möglichkeit einer weiteren Steuersenkung für 1966, sollte die Konjunkturentwicklung eine solche ratsam erscheinen lassen. Es hat sich 1964 gezeigt, daß erst ein Aufschwungstempo von fast sieben vH imstande war, die Arbeitslosigkeit auf ein Niveau von fünf vH herabzudrücken. In seinem Wirtschaftsbericht vom Januar 1965 scheint sich Präsident *Johnson* mit einem solchen Niveau permanent abzufinden. Ob das 1964er Aufschwungstempo aufrechterhalten werden kann, steht freilich auch bei optimistischer Einschätzung der Entwicklung nicht fest; man kann aber wohl mit ziemlicher Sicherheit mit einem weiteren Konjunkturaufschwung rechnen, der dem Durchschnitt der letzten vier Jahre entspricht.

An Präsident *Johnsons* Wirtschaftsbericht ist übrigens interessant, daß in ihm zum erstenmal offiziell neben die Quantität des allgemeinen Wohlstands auch die Qualität des Lebens als erstrebenswertes Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik gestellt wird, eine Forderung, die bisher nur von außenstehenden Kritikern ausging. Diese Qualität des Lebens in Amerika hatte unter *Kennedy* bereits eine gewisse Förderung gefunden: Neue Naturschutzgebiete wurden geschaffen, schöpferische Künstler fanden staatliche Anerkennung, die „Krankheit der Großstädte“ fand erstmals Beachtung, ein Gesetzentwurf für Krankenversicherung für alte Leute wurde eingebracht u. a. m. Erst eine erhebliche Umlenkung öffentlichen Interesses und öffentlicher Mittel wird eine solche Qualitätsverbesserung des Lebens vom Gebiet der Rhetorik in das der Wirklichkeit übersetzen; aber es ist immerhin ein Fortschritt, daß ein solches Ziel offiziell gestellt wird.

Günther Eckstein, New York